

Autoverkehr

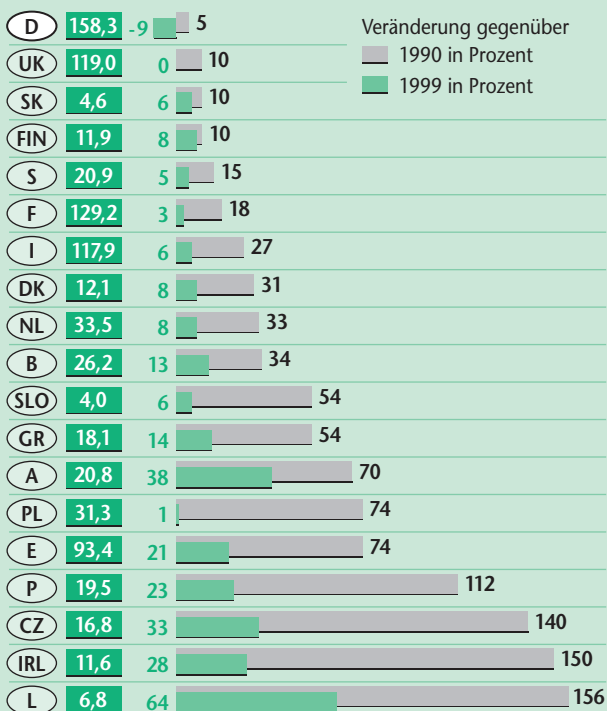
Weniger CO₂-Emissionen

Immer wieder wird der Verkehr unter klimapolitischen Gesichtspunkten kritisch beleuchtet. Dabei drohen die erreichten Erfolge bei der Minderung von Kohlendioxid-Emissionen in Vergessenheit zu geraten. Obwohl das Verkehrsaufkommen gestiegen ist, geben Straßenfahrzeuge heute nicht mehr so viel CO₂ in die Luft ab wie noch Ende der neunziger Jahre.

Die Europäische Union hat sich im 1997 verabschiedeten Kyoto-Protokoll verpflichtet, den Kohlendioxidausstoß gemessen am Jahr 1990 bis 2012 um 8 Prozent zu reduzieren. Dabei gilt der Straßenverkehr oftmals als Sorgenkind, hat der dort verursachte CO₂-Ausstoß auf dem alten Kontinent doch kräftig zugelegt:

Kohlendioxidausstoß: Deutschland gibt weniger Gas

Vom Straßenverkehr im Jahr 2004 verursachte Kohlendioxidemissionen in Millionen Tonnen



Quelle: Internationale Energie-Agentur

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

In der gesamten EU-25 stieg der durch Straßenverkehr bedingte CO₂-Ausstoß zwischen 1990 und 2004 um mehr als 20 Prozent. Vor allem zu Beginn der neunziger Jahre haben die Emissionen stark zugenommen. Die Integration Osteuropas in die europäische Wirtschaft ließ die Ver-

kehrsströme anschwellen – seitdem rollen Laster und Pkws verstärkt zwischen Atlantik und Ural oder Nordsee und östlichem Mittelmeer.

Mittlerweile hat sich der Anstieg der verkehrsbedingten Emissionen in den großen EU-Staaten aber verlangsamt. Die Deutschland zuzurechnenden CO₂-Emissionen sanken sogar – zwischen 1999 und 2004 um 15 Millionen Tonnen oder knapp 9 Prozent. Ein Teil des Rückgangs ist dabei durch den Tanktourismus zu erklären. Wenn Deutsche im Ausland tanken, schlägt sich dies in der Emissionsbilanz des jeweiligen Landes nieder, in dem der Treibstoff auch versteuert wird. Schätzungen gehen davon aus, dass der Tanktourismus seit 1999 zu bis zu 9,8 Millionen Tonnen weniger kyotorelevanten Emissionen in Deutschland geführt hat. Unter dem Strich bleibt dennoch eine Emissionsreduktion von mindestens 5 Millionen Tonnen.

Dass seit 1999 weniger CO₂ abgegeben wurde, liegt auch an den Fahrzeugen – die neue Generation nutzt die Energie besser. Dieser Trend wird sich wohl fortsetzen, da immer mehr verbrauchsärmere Neuwagen ältere Fahrzeuge ersetzen. Hier macht sich die 1998 getroffene Selbstverpflichtung der europäischen Autobauer bemerkbar. Neu zugelassene Fahrzeuge europäischer Marken sollen im Jahr 2008 nur noch durchschnittlich 140 Gramm Kohlendioxid pro gefahrenen Kilometer ausstoßen – zuletzt waren es im Schnitt rund 20 Gramm mehr.

Die japanischen und koreanischen Hersteller liegen im Wettlauf um umweltfreundliche Autos hinter den europäischen Anbietern zurück. Die neu zugelassenen Fahrzeuge aus Fernost emittierten mit 169 beziehungsweise 172 Gramm bislang mehr CO₂, und erst 2009 soll die 140-Gramm-Marke erreicht werden.

Inzwischen hat sich die Europäische Kommission darauf verständigt, dass ab 2012 Neuwagen im Durchschnitt nur noch 130 Gramm CO₂ pro Kilometer abgeben sollen. Parallel dazu wird auch überlegt, die Kfz-Steuer am Kohlendioxidausstoß des Fahrzeugs zu bemessen. Der Besitz alter Fahrzeuge mit hohem Verbrauch würde dann teuer – der Anreiz, auf ein schadstoffärmeres Vehikel umzusteigen, wäre hoch.

- Verkehr und Klima
- Energieeffizienz
- China
- EU-Abfallrichtlinie
- Umweltbewusstsein

Energieeffizienz Hohe Priorität in der Wirtschaft

Dem effizienten Umgang mit dem Produktionsfaktor Energie kommt in der Wirtschaft nicht nur vor dem Hintergrund der erhöhten Energiepreise eine wachsende Bedeutung zu. Das Thema spielt auch in der umwelt- und klimapolitischen Diskussion eine zentrale Rolle. Durch die Erhöhung der Energieeffizienz kann und soll ein großer Beitrag zur Realisierung der Klimaschutzziele geleistet werden. Von daher verfolgt die deutsche Wirtschaft eine kontinuierliche Erhöhung der Material- und Energieeffizienz, wenn auch die hierfür benötigten prozess- und produktbezogenen Maßnahmen kostenwirksam sind.

Angebote der Verbände zur Energieeffizienz

Angaben in Prozent, Mehrfachnennungen

themenbezogene Seminare bzw. Workshops	54,8
schriftliche Ratgeber	40,5
mündliche/telefonische Beratung	35,7
Beratungen vor Ort	31,0
Beratungsmodule im internen Bereich der Verbands-Website	9,5
Tests im verbandseigenen Forschungsinstitut	7,1
andere Angebote	21,4
Angebote in Planung	4,8
keine Angebote	14,3

Befragung von 42 Umweltexperten aus Wirtschaftsverbänden im März/April 2007; Quelle: IW-Umwelt-Expertenpanel, Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Die hohe Priorität der Energieeffizienz aus der Sicht der Wirtschaft wurde auch in der zweiten IW-Befragung der Unternehmen und Unternehmensverbände bestätigt. Im Rahmen des IW-Umwelt-Expertenpanels 2/2007 wurden Ende März bis Anfang April Vertreter von 146 Unternehmen und 56 Verbänden online zu verschiedenen Aspekten der Energieeffizienz befragt. Insgesamt haben sich 149 Teilnehmer des Umweltpanels an der Befragung beteiligt, darunter Umweltexperten aus 107 Unternehmen und aus 42 Wirtschaftsverbänden. Die Rücklaufquote betrug wie bei der ersten Panelbefragung Anfang Januar 2007 rund 75 Prozent.

Über 83 Prozent der befragten Wirtschaftsverbände gaben an, dass das Thema Energieeffizienz auf ihrer Verbandsebene eine sehr hohe bzw. hohe Priorität besitzt. Dem Thema wurde bei 10 Prozent eine mittlere und bei 2 Prozent eine geringere Priorität beigemessen.

Auf der vorgegebenen Skala wurde das Thema lediglich bei zwei der befragten Verbände mit „keine Priorität“ angegeben.

Die Energieeffizienz ist bei den befragten Wirtschaftsverbänden kein Lippenbekenntnis oder Modewort. Sie setzten diese vielmehr in der Praxis um. Das zeigt sich auch in ihren vielfältigen themenbezogenen Angeboten und Hilfestellungen für ihre Mitgliedsunternehmen. Von fast 81 Prozent der Verbände wurden den Mitgliedsunternehmen konkrete Angebote zur Verbesserung der Energieeffizienz zur Verfügung gestellt. Weitere 5 Prozent der Verbände stellen zwar zurzeit keine Angebote bereit, jedoch werden solche Maßnahmen gerade vorbereitet. Bei etwa 14 Prozent der Kammern und Verbände waren und sind nach dem aktuellen Stand keine eigenen Angebote zur Erhöhung der Energieeffizienz vorhanden.

Der Angebotskatalog ist sehr breit und reicht von themenbezogenen Seminaren über Beratungen vor Ort bis zur Finanzierung von Forschungsprojekten der Mitgliedsunternehmen. Im Durchschnitt werden genau zwei Maßnahmen angeboten. Unter den Verbänden, die Angebote bereitstellen, sind es im Schnitt 2,7 Maßnahmen. Dabei steht die persönliche Beratung gegenüber der Weitergabe vorgefertigter Materialien deutlich im Vordergrund. Die meisten Verbände – 55 Prozent – bieten Seminare und Workshops an, auf denen sich Unternehmen über Möglichkeiten zur Steigerung der Energieeffizienz informieren können. An zweiter Stelle des Maßnahmenkatalogs stehen mit gut 41 Prozent schriftliche Ratgeber. Bei 36 Prozent der befragten Wirtschaftsvereinigungen wird dies durch mündliche bzw. telefonische Beratungen ergänzt. Ein knappes Drittel der Verbände berät seine Mitglieder sogar vor Ort. Vergleichsweise wenig wird das Internet zur Hinterlegung von Beratungsmodulen genutzt. Eine kleine Zahl von Verbänden kann schließlich die Steigerung der Energieeffizienz durch Tests im verbandseigenen Forschungsinstitut unterstützen.

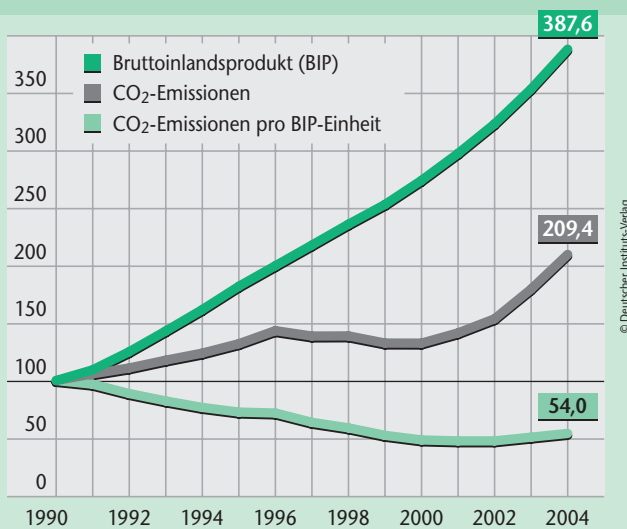
Über diese Maßnahmen hinaus stellen 21 Prozent der befragten Wirtschaftsvereinigungen ihren Mitgliedern weitere Angebote zur Verbesserung der Energieeffizienz zur Verfügung, die nicht in dem vorgegebenen Katalog enthalten sind. Neben der Finanzierung von Forschungsprojekten wird der Austausch von Best Practice-Beispielen organisiert, bei Kampagnen mitgewirkt sowie Öffentlichkeitsarbeit durchgeführt. Die Bereitstellung von politisch und rechtlich relevanten Informationen stellt ein weiteres Angebot der Verbände dar, welches in der Regel per Rundschreiben an die Mitglieder versandt wird. Als weitere Maßnahmen wurden themenbezogene Arbeitskreise, die Mitwirkung bei extern organisierten Workshops sowie Energietische für Mitglieder angegeben.

Umweltschutz in China Kaum Besserung in Sicht?

Die Volksrepublik China hat in den letzten Jahren ein beeindruckendes Wirtschaftswachstum vorzuweisen. So ist das Bruttoinlandsprodukt von 1990 bis 2006 um mehr als 300 Prozent gewachsen. Zurzeit verzeichnet China jährliche Wachstumsraten von über 9 Prozent. Gleichzeitig konnte auch die Energie- und Ressourceneffizienz gesteigert werden. Beispielsweise sind die Kohlendioxid-Emissionen (CO₂) pro Einheit des Bruttoinlandsprodukts seit 1990 um 46 Prozent gesunken. Diese positive Entwicklung wurde jedoch durch das schnelle und anhaltende Wirtschaftswachstum mehr als wettgemacht.

China: Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und der CO₂-Emissionen

1990 = 100



Ursprungsdaten: IEA

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Insgesamt ist China mit einem Anteil an den weltweiten Emissionen von über 17 Prozent nach den USA der zweitgrößte Produzent des klimaschädigenden Gases Kohlendioxid. Aller Voraussicht nach wird China im Jahr 2009 die USA überholen und zum größten CO₂-Produzenten aufsteigen. Zudem nehmen im Reich der Mitte sichtbare Umweltprobleme, vor allem die Luft- und Wasserverschmutzung, rapide zu.

Bei den Emissionen von giftigem Schwefeldioxid (SO₂) hält China schon heute den traurigen Weltrekord. Im Jahr 2005 pustete die chinesische Wirtschaft 25,5 Millionen Tonnen Schwefeldioxid und 11,8 Millionen Tonnen Ruß in die Luft. Die Emissionen lassen sich vor allem auf die Verfeuerung von Kohle zurückführen, Chinas wichtigstem Energieträger. Sowohl Kohlendioxid

als auch Ruß und Schwefeldioxid werden bei der Verbrennung von Kohle freigesetzt. 68 Prozent der chinesischen Energie kommen aus Kohlekraftwerken, die häufig noch eine veraltete Technik verwenden, somit einen niedrigen Wirkungsgrad aufweisen und keine Filteranlagen haben. Mit jährlich 2,2 Milliarden Tonnen Steinkohle hat China einen Anteil von 44,8 Prozent an der weltweiten Steinkohleförderung und verbraucht mehr Steinkohle als die USA, die Europäische Union und Japan zusammengenommen.

Neben der Luft- ist auch die hohe Wasserverschmutzung ein ernstes Problem im aufstrebenden Reich der Mitte. Über die Hälfte aller chinesischen Gewässer gilt als stark verschmutzt, und 340 Millionen Chinesen haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Vor allem im wasserärmeren Norden des Landes ist die Situation bedrohlich.

In den letzten Jahren mehrten sich die Anzeichen dafür, dass die chinesische Führung die zunehmende Umweltverschmutzung als Problem erkennt. In einem 2006 veröffentlichten Weißbuch zur Situation der Umwelt in China werden die Kosten der Umwelterstörung auf jährlich 200 Milliarden US-Dollar geschätzt – das entspricht in etwa dem jährlichen Wirtschaftswachstum. Vor diesem Hintergrund verkündete der chinesische Premierminister Wen Jiabao im März 2007 auf dem nationalen Volkskongress, dem Umweltschutz in Zukunft mehr Gewicht beizumessen. So soll nicht nur das Anlegen neuer Golfplätze zukünftig verboten, sondern sollen auch ambitionierte Energiesparziele erreicht werden. Die chinesische Regierung will die rückständigsten Produktionsanlagen aussondern und bis zum Jahr 2010 den Energieverbrauch pro Einheit Bruttosozialprodukt um 20 Prozent senken. Darüber hinaus ist geplant, bis zum Jahr 2010 mindestens 10 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien zu gewinnen und bis 2020 mindestens 20 neue Kernkraftwerke zu bauen.

Diese Ziele alleine werden allerdings nicht ausreichen, Chinas schwerwiegende Umweltprobleme bei anhaltendem Wirtschaftswachstum langfristig in den Griff zu bekommen. Ob in der chinesischen Regierung wirklich ein ökologisches Umdenken stattfindet und ob dem auch tatsächlich die notwendigen Taten folgen werden, bleibt daher abzuwarten.

-  <http://go.worldbank.org/QKOSIMQPO0>
-  www.iea.org/Textbase/publications/free_new_Desc.asp?PUBS_ID=1199
-  www.kas.de/proj/home/pub/37/1/year-2006/dokument_id-9101/index.html


Abfallwirtschaft


EU-Abfallrahmenrichtlinie: Hierarchie und Bürokratie

Am 13. Februar 2007 wurde eine neue Abfallrahmenrichtlinie im Europaparlament in der ersten Lesung beschlossen. Darin wurde der im Dezember 2005 durch die Europäische Kommission vorgelegte Richtlinienvorschlag in weiten Teilen geändert und umformuliert. Die zweite Lesung ist für das Jahresende vorgesehen.

Durch die neue Richtlinie will das EU-Parlament das Abfallaufkommen bis zum Jahr 2012 im Vergleich zu 2008 stabilisieren und bis 2020 erheblich senken. Hierzu stellt das Regelwerk zahlreiche Anforderungen auf und es enthält einen Maßnahmenkatalog. So fordert das Parlament die Mitgliedsstaaten auf, in Richtung einer „Recycling-Gesellschaft“ bis 2020 mindestens 50 Prozent der festen Siedlungsabfälle und 70 Prozent der Bau- und Abbruchabfälle sowie der Industrieabfälle wiederzuverwenden bzw. zu recyceln. Bis 2015 sollen auch Systeme zur getrennten Sammlung von Papier, Metall, Kunststoffen, Glas, Textilien, sonstigen biologisch abbaubaren Abfällen, Altöl und gefährlichen Abfällen aufgebaut werden.

Die beschlossene Rahmenrichtlinie schreibt eine fünfstufige Abfallhierarchie vor: Vermeidung und Verminderung von Abfällen, Wiederverwendung, Recycling, sonstige Verwertungsverfahren und Beseitigung. Trotz des Versuchs zur Begriffsbestimmung bleiben Unklarheiten und Abgrenzungsprobleme bestehen. Hinzu kommt, dass die Richtlinie Ausnahmeregelungen erlaubt. Die Mitgliedsstaaten können von den in der Abfallhierarchie festgelegten Prioritäten abweichen, wenn etwa durch Lebenszyklusbewertungen und Kosten-Nutzen-Analysen eindeutig erkennbar ist, dass es eine bessere alternative Behandlungsoption gibt. Mit der Möglichkeit zur unterschiedlichen Handhabung in den Mitgliedsstaaten sind jedoch Probleme verbunden. Die Zulassung derartiger Abweichungen beispielsweise beim Produkt-Öko-Design kann zu einer Zersplitterung des europäischen Binnenmarkts führen. Somit würden auch die sich aus der Marktangleichung ergebenden Vorteile für Verbraucher und Hersteller wieder rückgängig gemacht.

 www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/064-3005-043-02-07-911-20070208IPR02886-12-02-2007-2007-false/default_de.htm

 [www.zvei.org/index.php?id=288&tx_ZVEIpresse_pi1\[showUid\]=475&cHash=75d499701a](http://www.zvei.org/index.php?id=288&tx_ZVEIpresse_pi1[showUid]=475&cHash=75d499701a)

Bevölkerungsumfrage

Umweltbewusstsein ist im Aufwind

Lange ist es her, dass die Deutschen den Umweltschutz als wichtigstes politisches Thema nannten, noch vor oder gleich neben dem Abbau der Arbeitslosigkeit. In den Gründerjahren der Umweltbewegung trugen nicht wenige eine grüne Brille. Die Aktivitäten der Wirtschaft und des Gesetzgebers sind seither nicht erlahmt. In der Bevölkerung ist jedoch die Sorge um die Umwelt weit hinter die wirtschaftlichen Probleme zurückgetreten. Aktuell scheint sich dieser Trend aber nicht mehr fortzusetzen.

Seit Anfang der 1990er Jahre gibt das Bundesumweltministerium alle zwei Jahre eine Studie zum Umweltbewusstsein in Deutschland in Auftrag. Hierzu wurden 2006 mehr als 2.000 Bundesbürger in persönlichen Interviews befragt. Gegenüber 2002 stieg der Anteil derer, die bei einem „Weiter so“ eine Umweltkatastrophe erwarten, von 54 auf 62 Prozent. Im Vergleich zu anderen Themen rangierte der Umweltschutz 2006 auf dem siebten Platz, hinter Problemen des Arbeitsmarktes, der sozialen Sicherung und des Schulsystems. In den Jahren 2002 und 2004 war es der achte Rang. Umweltbewusstsein ist dabei eher ein Thema der höher Gebildeten und mittlerweile auch der Älteren – bzw. derjenigen, die vor zwanzig Jahren noch zu den jungen Erwachsenen zählten. Ost- und Westdeutsche unterscheiden sich aktuell nicht mehr in ihrem Umweltbewusstsein.

Bei einer offenen Frage nach dem wichtigsten Handlungsfeld hat sich der Umweltschutz auf den zweiten Rang, gleich nach dem Arbeitsmarkt, vorgearbeitet. Aus den frei gegebenen Antworten werden auch die Gründe für die aktuelle Konjunktur des Umweltthemas deutlich: Die Bürger sorgen sich vor allem um die Energie und das Klima. Da beide Themen derzeit hoch auf der politischen Agenda stehen und Klimaberichte sowie Wetterkapriolen das Ihre zu dem Trend beisteuern, dürften Umweltfragen weiter an Bedeutung gewinnen.

Weniger sicher ist, dass der Bürger auch als Konsument seine Umweltpräferenzen in ein entsprechendes Verhalten ummünzt. Laut Umfrage ist die Zahlungsbereitschaft für verschiedene Maßnahmen mit Umweltbezug nur leicht gestiegen. Die sozialwissenschaftliche Forschung der letzten Jahrzehnte hat jedoch ergeben, dass diese Bereitschaft stark von anderen Zielen überlagert wird und die Welt anders aussieht, wenn es zum Schwur kommt.

 www.umweltbewusstsein.de